

Pressemitteilung

Demonstration gegen das Atommüll-Endlager am 8. November in Gorleben

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg bieten Mitfahrgelegenheit – Anmeldungen bis 22. Oktober möglich

„Wir fahren hin! Spätestens nach dem Skandal im Forschungsendlager Asse kann es im Endlager Gorleben so nicht weitergehen“, sagt Frank Rimmel, Geschäftsführer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg.

Zusammen mit Grünen aus dem ganzen Bundesgebiet, zahlreichen anderen Organisationen und Atomkraftgegnern werden auch Grüne aus dem Oberbergischen am 8. November nach Gorleben fahren, um gegen die dortige Lagerung von Atommüll zu protestieren und für eine alternative Energiepolitik einzutreten.

Anfang November 2008 soll der nächste Castor-Transport mit hochradioaktivem Atommüll nach Gorleben rollen. Im oberirdischen Zwischenlager im Wendland lagern seit 1995 bereits 80 Behälter mit hochradioaktivem Atommüll. „Gorleben wurde seinerzeit nur aus politischen Gründen zum Endlager gemacht und nicht wegen seiner besonderen Eignung für strahlenden Müll“, betont Rimmel. **„Geht es nach Atomindustrie, Union und FDP, so sollen die als Erkundung getarnten Bauarbeiten im Salzstock wieder aufgenommen werden. Im Vordergrund stehen dabei offensichtlich Profitgier und eine schnelle Beseitigung von gefährlichem Atommüll“**, unterstreicht der Vorsitzende der hiesigen Bündnisgrünen, René Bongartz. Der Skandal in Asse zeigt, wie es nicht geht: Bereits 17 Jahre nach dem Ende der Einlagerung tritt eine radioaktive Lauge aus den Salzkammern aus, die Cäsium, Tritium, Strontium und Plutonium enthält. Die Folgen für die Umwelt sind unabsehbar. Asse war als Forschungsendlager für Gorleben gedacht. **„Aus den katastrophalen Erfahrungen in Asse müssen Konsequenzen für Gorleben gezogen werden: Es muss ein unbefristeter Bau- und Erkundungsstopp verfügt werden. Wir fordern eine bundesweite ergebnisoffene Suche nach alternativen geologischen Formationen für die Lagerung von hochradioaktivem Atommüll“**, sagt Rimmel.

„Die ungelöste Endlagerfrage zeigt“, fügt der grüne Fraktionssprecher im Kreistag, Helmut Schäfer, hinzu, **„dass am Ausstieg aus der Atomenergie nicht gerüttelt werden darf. Was wir jetzt brauchen, ist eine echte Wende in der Energiepolitik mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung. Das gilt auch für den Oberbergischen Kreis (und seine Kommunen). Hier sollte das von der grünen Kreistagsfraktion beantragte Klimaschutzkonzept, dessen Erstellung vom Kreistag zumindest in abgespeckter Form beschlossen wurde, endlich angepackt werden.“**

Weitere Informationen und verbindliche Anmeldungen über die Kreisgeschäftsstelle, TEL 02261 24540 oder per e-mail: geschaeftsstelle@gruene-oberberg.de .